

Ich möchte über die Staatsräson sprechen.

Wer sich für Solidarität mit Palästina und für Menschenrechte ausspricht, wird zuerst von der Presse und dann von der Justiz behelligt.

Das trifft verschiedene palästina-solidarische Kräfte, vor allem die, die das Recht der Palästinenser auf Widerstand betonen.

Es trifft aber auch Akademiker, Künstler und Politiker, die der Palästina-Solidarität ganz unverdächtig sind.

Es reicht aus, es zu wagen, aus der Staatsräson-Reihe zu tanzen.

Um das noch fester zu schreiben, als es sowieso schon ist, wurde nun die sogenannte Antisemitismus-Resolution vom Deutschen Bundestag beschlossen.

Und von den Medien wurde das gefeiert.

Entgegen ihres irreführenden Titels, der nämlich lautet

Nie wieder ist jetzt jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken,

ist der Zweck der Resolution genau nicht der, jüdisches Leben zu schützen.

Aber worum geht es dann?

Unter dem Motto der Staatsräson wurde eine Stimmung der Angst in Deutschland erzeugt.

Die wenigsten trauen sich, politische Sachverhalte, die Israel betreffen, überhaupt noch in der Öffentlichkeit anzusprechen.

Trotz medialer Dauerbeschallung lehnen nach einer neuesten Umfrage ca. 70% der Deutschen die militärische Unterstützung Israels durch Deutschland ab.

Im Übrigen ist Deutschland nach den USA der größte Waffenlieferant an Israel, was den Völkermord überhaupt erst möglich macht.

Der Zweck der Antisemitismus-Resolution ist nun folgendes.

Sie soll verhindern, dass die Meinung dieser 70% der Bevölkerung auch eine politische Wirkung bekommt.

Sie soll diejenigen, die bereit wären, auf die Straße zu gehen, um gegen den Völkermord zu protestieren, um ihren Arbeitsplatz fürchten lassen.

Sie soll all diejenigen, die bereit wären, ein kritisches Wort zu äußern, Angst haben lassen, als Antisemit stigmatisiert zu werden.

Ich will zu dem Begriff Staatsräson den Journalisten Stefan Detjen zitieren.

Er schrieb, „seit Machiavelli den Begriff im 16. Jahrhundert prägte, diente die Berufung auf Staatsräson vor allem dazu, sich über Bindungen des Rechts und der Ethik hinwegzusetzen.“

Der außenpolitische Realismus Henry Kissingers in der Zeit des Vietnamkrieges und der amerikanischen Neokons nach den Terroranschlägen vom 9. September stellte Staatsräson über das Völkerrecht.“

Das ist der Kern der Sache. Es geht darum, sich über Recht und Ethik hinwegzusetzen.

Staatsräson ist nichts weiter als ein Befehl. Ein Befehl, für den es keine Gesetze braucht.

Er wird ausgesprochen und er wird durchgesetzt. Kritik ist explizit nicht vorgesehen.

Wie lautet der Befehl? Er lautet wie folgt.

Wegen der Sicherheit Israels haben alle Menschen in diesem Land Folgendes zu akzeptieren:

Besatzung, Vertreibung, Apartheid, Siedlerkolonialismus und jetzt auch Völkermord und Krieg.

Das ist der Hintergrund, warum auch die Antisemitismusresolution, die sogenannte, kein Gesetz sein muss.

Es reicht aus, dass sie eine ideologische Festlegung im Sinne dieses Staatsräsonbefehls ist.

Sie bestimmt nun in besonderer Weise, dass Kritik am Zionismus und an Israel gleichbedeutend ist mit Antisemitismus.

Das ist ihr zynischer Kerngehalt, der, wie wir wissen, in Deutschland wegen dessen Geschichte in besonderer Weise Wirkung zeigt.

Erinnert euch an die BDS-Resolution. Auch sie war nur eine Stellungnahme des Bundestages.

BDS sollte mundtot gemacht werden, ihnen wurden die Räume entzogen, BDS wurde diffamiert und kriminalisiert.

Mit der Antisemitismusresolution, die im Übrigen mit den Stimmen von SPD, den Grünen, FDP, CDU und AfD beschlossen wurde,

soll genau das auf jede kritische Äußerung gegenüber Israel verallgemeinert werden.

Geht es also um Schutz von jüdischem Leben?

Mit der Staatsräson ist das Gegenteil der Fall.

Durch die permanente Gleichsetzung der Verbrechen durch das zionistische Israel mit Juden

kommt sie eher einem Förderprogramm von Antisemitismus gleich.

Sie schützt nicht jüdisches Leben und das war auch nie ihr Zweck.

Sie schützt Zionismus vor der Durchsetzung von der Gerechtigkeit. Darum geht's.

Und natürlich geht es auch nicht um „nie wieder“.

Der wahre Titel der Resolution sollte lauten „Völkermord - gegen jeden Widerstand“.

Die Politik der Bundesregierung kann nur durch Lügen und Verdrehung der Tatsachen durchgesetzt werden.

Indem das Besatzungsregime Israels mit Jüdinnen und Juden gleichgesetzt und somit der Kampf gegen dieses verbrecherische Regime als antisemitisch erklärt wird,

soll die Unterstützung der offenkundigen Kriegsverbrechen gerechtfertigt erscheinen.

Nur indem permanent und vollständig negiert wird, dass es sich um eine seit Jahrzehnten andauernde Besatzung handelt,

kann dieses Lügenkonstrukt aufrechterhalten bleiben.

Dem muss Folgendes aus demokratischer Sicht entgegengestellt werden.

Widerstand gegen Besatzung ist gerechtfertigt.

Seine Kriminalisierung und Verfolgung muss gestoppt werden.

Nicht der Widerstand gegen Besatzung ist ein Verbrechen, sondern die Besatzung selbst.

Im Zusammenhang von Staatsräson und Einschüchterung möchte ich noch auf ein vielleicht unerwartetes, aber interessantes Beispiel eingehen.

Es geht um einen Hetzartikel, der jüngst in der Bild-Zeitung erschienen ist.

Dort wird versucht, ein Antisemitismus-Skandal um den Bremer Innensenator Ulrich Mäurer zu konstruieren.

Zuletzt hatte er in der Kritik gestanden, weil die Menschen in Bremen ihre Grundrechte selbst am 7. Oktober wahrnehmen durften.

Wie ihr wisst, hatte er nämlich eine Nakba-Ausstellung an diesem Tag nicht verboten.

Jetzt kommt hinzu, dass er eine Veranstaltung von einem gewissen Herrn Michael Lüders besucht und damit nun endgültig sein Vertrauen bei der Bild-Zeitung verspielt hat.

Das Problem ist also ein Innensenator, dem noch etwas anderes einfällt, als Repressionsmaßnahmen und es sogar wagt auszusprechen, dass es ihm dabei um den Diskurs gehen würde.

Wie geschaffen, um allen politischen Akteuren und Repräsentanten dieser Stadt zu kommunizieren, was Staatsräson bedeutet.

Das Springerblatt legt natürlich nichts weniger als seinen Rücktritt nahe und damit sind wir bei der beschämenden Funktion der Medien, ohne die Staatsräson nicht möglich wäre.

Ausgerechnet Mäurer ist nun einer, an dem ein Exempel statuiert werden soll, um alle anderen einzuschüchtern.

Dazu noch einmal Stefan Detjen:

„Hinter vorgehaltener Hand klagen Abgeordnete, Minister und Parteispitzen darüber, welchem Druck sie in den letzten Monaten von verschiedenen Seiten ausgesetzt waren.“

Von pro-israelischen Lobbyorganisationen, der israelischen Botschaft, dem Zentralrat der Juden auf der einen, von Juristen, Wissenschaftlern, Künstlern auf der anderen Seite.

Die Debatte ist längst toxisch.

Auch die Angst, von der Bild-Zeitung als Antisemit und Israel-Hasser diffamiert zu werden, wirkt in der Politik bis in die höchsten Ränge.“

Vor diesem Hintergrund erklären wir uns solidarisch mit Ulrich Mäurer, der zur Zielscheibe gemacht wird, um durch ihn unsere Meinungsfreiheit zu treffen.

Als Palästina-Bewegung sehen wir uns permanent von Repression und Diffamierung bedroht.

Längst fordern wir nicht nur Freiheit für Palästina, sondern auch Demokratie für Deutschland.

Dafür ist Meinungsfreiheit und der offene Diskurs erste Voraussetzung.

Wir stehen geschlossen gegen alle Angriffe auf unsere Grundrechte.

Die Verbote sowie die anderen massiven Einschränkungen der demokratischen Grundrechte müssen von allen fortschrittlichen Kräften als solche angeprangert und bekämpft werden.

Unabhängig davon, welche politische Position man im Einzelnen für richtig oder falsch hält.

Das Wichtigste, was alle durchbrechen müssen, ist die Methode der Bundesregierung, unliebsame Positionen zu diffamieren, zu verleumden und schließlich zu verbieten.

Einigkeit aller Demokraten muss darin bestehen, dass Positionen artikulierbar und diskutierbar sein müssen, auch und gerade, wenn sie sich formal gegen die der Regierung stellen.

Vielen Dank.